

worden sind und diese sie bereits trage; in der Eile hätte man öfters nicht genauer kontrollieren können; dabei rühmte er sich aber, daß er sonst genauer nachgesehen habe. In der Abnahme-Kommission saß auch der im Kolonialamtprozeß angeklagte Schneider. Wenn es um volle Klarheit zu tun ist, so entbinde man einmal die mittleren Beamten der Kolonialabteilung von der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit und lasse sie vor Gericht frei alles erzählen! Dann gibt es ein ungeschminktes, wenn auch kein erfreuliches Bild!

Die Kolonialabteilung hat auch versucht, von dem Verträge loszukommen; aber die Firma hat sich rein ablehnend verhalten oder solche exorbitante Forderungen erhoben, daß sie nicht angenommen werden konnten. Das betreffende Schreiben der Firma Tippetts liegt uns vor; sie forderte u. a. bei sofortiger Lösung eine Entschädigung von 2,5 Millionen Mark in bar, und das neben sonstigen Leistungen des Reichs. Sie berechnete in diesem Schreiben den künftigen dauernden Jahresbedarf der Schutztruppe auf jährlich 5 Mill. Mark! Die Kolonialabteilung ist dieser Schätzung nicht entgegengetreten; man kann daraus schließen, welche Pläne über die Höhe der Schutztruppe bestehen, wenn für Anschaffung und Vorsehung allein 5 Mill. Mark im Jahre in Rechnung gestellt werden. Die Firma wäre auch bereit gewesen, den Vertrag so abzuändern, daß sie nur jene Artikel liefert, die sie selber herstellen kann; aber hierzu ist sie bezüglich eines sehr erheblichen Teiles der Lieferungen jetzt schon verpflichtet. Trotzdem verlangte sie als Gegenleistung, daß der Vertrag in dieser Form dann bis zum 31. März 1921 (!) Geltung haben sollte. Zum Schluß meinte sie, daß ihre Forderungen „sehr gemäßigt“ seien. In der Kolonialabteilung selbst und in anderen Kreisen ist man gegenwärtig Ansicht! Die Kolonialabteilung selbst bezeichnete in einem Schreiben an die Budgetkommission diese Forderungen als finanziell so ungünstig, daß sie hierauf nicht eingehen könne. Der Reichstag hätte es wohl auch nicht getan.

Nun kommt diese Verhaftung dazwischen, die in dem Organ für Vertuschung aller kolonialen Mißgriffe als eine „peinliche Nachricht“ bezeichnet wird! Doppelt peinlich für jene, die die Kolonialabteilung seither als das unschuldig verfolgte weiße Ramm darzustellen suchten. Wir haben nur zu fordern, daß die Untersuchung mit aller Strenge geführt wird, daß man namentlich die eigenen Beamten frei und ungehindert verhört! Sollte sich dann — mit unserem eigenen Urteil halten wir zurück — ergeben, daß die Vernehmung tatsächlich vollzogen worden ist, so muß auch gegen die betreffende Firma Strafverfahren gestellt werden. Die empfindlichste Strafe läge dann freilich darin, daß nun das Reich besetzt ist, sofort nach Feststellung dieser Tatsache ohne alles weitere vom Vertrag zurückzutreten, ohne jede Entschädigung. Der Vertrag selbst enthält zwar hierüber keine Bestimmung, aber die allgemeinen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches dürften die sofortige Lösung herbeiführen. Wir erinnern nur an folgende Paragraphen desselben: § 138 (Verstoß gegen die guten Sitten), § 134 (Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot). Jedenfalls muß man fordern, daß nach dem ablehnenden Verhalten genannter Firma diese nun auch die Konsequenzen zu tragen hat, die sich aus dem eventuellen Urteil gegen dieselbe ergeben.

Der Staatsbürgerzeitung zufolge gibt es in Berlin zwei Firmen Tippetts, nämlich von Tippetts u. Co., Ausrichtung aller Art nach überseeischen Ländern Export und Import, und von Tippetts u. Co. G. m. b. H. (Ewaopomund), Export und Import nach und von Deutsch-Südwestafrika. Beide Firmen befinden sich Potsdamerstraße 127—128, beide besitzen dieselben Fernsprechnummern. Wir werden daher in der Annahme nicht fehlgehen, daß die zweite Firma als Tochtergesellschaft der ersten anzusehen ist, als deren Inhaber Kaufmann G. v. Tippetts in Groß-Bichterfeld und Kaufmann Heinrich Reichelt, Regentenstraße, figurieren. Die Familie von Tippetts hat hohe Verbindungen; in Berlin wohnt ein Generalleutnant und ein Wirklicher Geheimer Kriegsrat dieses Namens. An der Firma v. Tippetts ist die Familie des Staatsministers und Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Viktor v. Bobbertz, finanziell beteiligt. — Zu dem Falle selbst bemerkt Herr Monheim in der Staatsbürgerzeitung:

Die Affäre hat grundsätzliche Bedeutung. Zunächst sollte man alles anwenden, das Deutsche Reich nimmend aus den Fesseln des bis 1911 währenden Vertrags mit der Firma v. Tippetts zu erlösen. Sodann soll das Kanzlers Versprechen, daß mit eisernen Fesseln Anstöße gehalten werden möge, Leitern für alle an der Untersuchung beteiligte Beamte sein. Wenn wir wirklich die Schmach eines deutschen Panama erben sollten, so soll wenigstens dies der Unterschied gegen Frankreich sein, daß wir den Augiasstall auszugestatten, während Frankreich den Spitzschuldenberg regiert. Die Inzidenten des Kaiserlichen Hofes, Geheimrat von König, Geheimrat Hellwig und Oberst Hnejsorge, wie eine Aufschrift aus Berliner Tageblatt chaupet, frühere, bis 1902 zurückreichende Amtsverrechnung des Majors Fischer gebekt, hat Hellwig infolge der amtlichen Hinweis über eine vorgetommene Unterschlagung bis zur Unkenntlichkeit durchstrichen, überlebt und sodann die Sache „als erledigt“ zu den Akten geschrieben, so beweist dies, wie recht wir mit unserer Mahnung hatten, die Untersuchung nicht auf die hohen Beamten zu beschränken. Es ist eine Frage ersten Ranges für die Zukunft unseres Reichs, daß mehrere hohen Beamte intakt seien. Vor allem hat aber der Staatssozialistische Gedanken vertritt, ein verabschiedeter Beamter, der die Unbesorgtheit unseres Beamtenstandes. Hier liegt der letzte Grund für Deutschlands Niedergang. Verderbnis auf diesem Felde wäre für uns schlimmer, wie ein verloren Krieg.

Deutschland.

Berlin, 31. Juli.

• Keine neue Flottenvorlage? Aus Berlin läßt sich ein offizielles rheinisches Blatt melden, daß

man im Reichsmarineamt keineswegs an einer neuen Flottenvorlage arbeite. Auch für einen Ersatz der „Hohenzollern“ durch einen Neubau liegen nach dem erwähnten Blatt bestimmte Pläne noch nicht vor. Nach unserer Kenntnis der Sachlage, schreibt das Reich, steht eine größere Flottenvorlage sicher nicht zu erwarten; im übrigen aber möchten wir den Nachdruck auf das „noch nicht“ der offiziellen Meldung legen.

W Ewinemünde, 31. Juli. Der Kaiser ist an Bord des Dampfers „Hamburg“, dem die Begleitschiffe um 9 1/2 Uhr heute vormittag unter dem Salut der Festungsgeschütze hier eingetroffen. Das zahlreich anwesende Publikum bereitete dem Kaiser stürmische Ovationen.

W Ewinemünde, 31. Juli. Heute Nachmittag traf die „Aduna“ mit der Kaiserin hier ein und machte gegenüber dem Dampfer „Hamburg“ fest.



Bürgermeister Cuno Nachfolger Eugen Richter.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Hagen-Schwelm siegte durch die Unterführungen der bürgerlichen Parteien und namentlich des Zentrums bekanntlich der Kandidat der Freiwirtschaftlichen Partei Bürgermeister Cuno mit circa 3000 Stimmen Mehrheit über den Sozialdemokraten König. Cuno wurde 1901 auf 12 Jahre als Bürgermeister von Hagen gewählt.



Prinz Georg von Griechenland

Nachricht des Prinzen Georg von Griechenland?

Prinz Georg von Griechenland soll mit der Entwidung der Dinge in Aetia so unzufrieden sein, daß er ernsthaft daran denkt, von seinem Posten als Generalgouverneur von Aetia zurückzutreten. Der Präsident der Deputiertenkammer, Bussides, ist nach Aetia abgereist, um den Prinzen von seinem Vorhaben abzubringen. Prinz Georg wurde bekanntlich 1898 von den Großmächten als Generalgouverneur von Aetia eingesetzt, um durch eine geregelte Verwaltung den Unruhen unter der Bevölkerung der Insel zu steuern. Prinz Georg ist der zweite Sohn des Königs Georg von Griechenland und 1869 zu Korfu geboren.

Rußland.

St. Petersburg, 31. Juli. Die Verhandlungen, welche durch Vermittelung des Ministers Jawowski mit den gemäßigten Fortschrittsparteien über den Eintritt von Mitgliedern derselben in das Kabinett geführt worden sind, sind der Woche Wremja zufolge erfolgreich beendet. Die Parteiführer des Handels, der Justiz, der Volksbildung, des Ackerbaues und der Staatskontrolle gehen in die Hände von Nichtbureaucraten über. Das Kabinett nennt vorläufig folgende Namen: Guskoff: Handel, Jussow-Saratow: Ackerbau, Graf Gerdin: Staatskontrolle. Der Oberprokurator des Synods soll nicht mehr dem Kabinett angehören. Die endgültige Lösung der Kabinettsfrage wird heute erwartet.

Petersburg, 31. Juli. Die Kadetten, welche in Aetia getagt haben, sind darüber einig geworden, ihre Partei fortan Partei der friedlichen Reform zu nennen und vor allem den Kampf gegen die extremen Parteien zu führen. Die Blätter Wostok und Gafeta, die bisher unentwegt kadettenfeindlich waren,

haben eine bemerkenswerte Schwentung vollzogen und schreiben jetzt in regierungsfreundlichem Sinne. Das letztere Blatt fordert die Juden auf, endlich dem revolutionären Treiben ihrer Jugend Einhalt zu gebieten.

Stockholm, 31. Juli. Die Reihung Nya Dagligt Allehanda meldet aus Helsingfors: In der letzten Nacht brach in der Festung Spenborg eine Meuterei aus. Gewehrfeuer, Kanonendonner und Geschrei wurden gehört. Verwundete wurden in Booten von der Festung fortgeschafft. Wie gerichtlich festgestellt, haben die Anführer die Forts genommen und beherrschen die Festung. Die Offiziersfamilien werden in die Stadt übergeführt. — Das Svenska Telegramman gibt noch folgende Ergänzungen: Die Artillerie ging zu den Anführern über und beschoß die Kasernen, welche der Regierung treu blieb, mit Kanonen. 500 Mann wurden getötet oder verwundet. Es verlautet, daß ein großer Teil der Festung in den Händen der Anführer ist. In Stalands, einem Stadtteil von Spenborg, in dem sich die Kasernen befinden, brach am 31. Juli früh ebenfalls eine Meuterei aus. Die Offiziere wurden gefangen genommen; einer wurde getötet, einer verwundet, worauf die Soldaten selbst ihre Führer wählten.

Gesellschaftliches.

Düsseldorf, 31. Juli. (Strafkammer). Das Landgericht Schöffengericht hatte kürzlich gegen den Milchhändler Johann B. und dessen Sohn Christian aus Löwenich wegen Milchverfälschung durch erheblichen Wasserzusatz verurteilt und den B. (Vater) freigesprochen, den Sohn zu 6 Wochen Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Gegen das freisprechende Urteil war vom Amtsanwalt, gegen seine Verurteilung von Christian B. Berufung eingelegt worden. Auch im heutigen Termine konnte die Behauptung des Sohnes, daß sein Vater sich nicht mehr um die Herstellung der Milch bekümmere, nicht widerlegt werden. Es erfolgte deshalb auch heute wieder die Freisprechung des Johann B. Das schöffengerichtliche Erkenntnis gegen den Sohn wurde aufgehoben und auf eine Geldstrafe von 1000 Mk. erkannt.

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 1. August.

uc. Der Monat August bildete im Kalender der alten Römer den sechsten Monat und wurde daher anfänglich Sextilis genannt, später aber erhielt er zu Ehren des Kaisers Augustus den Namen, den er heute noch trägt. Der Sextilis bestand bis dahin nur aus 30 Tagen, da aber der Juli, der dem großen Julius Cäsar geweiht war, deren 31 besaß, wollte man in der Aufzählung des Augustus nach dieser Richtung hin nicht zurückweichen, und so gab man dem auch diesem Monat — auf Kosten des Februars, den man deshalb verkürzte — die Dauer von 31 Tagen, eine Einrichtung, die sich bis auf die Gegenwart erhalten hat. Anderer Ansicht zufolge soll übrigens der Name Augustus deutschen Ursprungs sein, denn mit dem Worte Aug, Lust oder Augst pflegte man ehemals die Zeit der Reife und Ernte zu bezeichnen, heißt es doch schon in dem Epos „Wien“, das den um 1170 geborenen mittelhochdeutschen Dichter Hartmann von Aue zum Verfasser hat: „Da das andre Jar gesung — und daß bis zum Engsten ging.“ (Da da andere Jahr anfang und fast bis zur Ernte ging). Auch im Französischen wird der August noch heute auf das Zukunftszeitwort auf früheren Vorhandensein eines 31 und nicht auf heute genannt. Karl der Große taufte den August Regen- oder Erntemonat, in alten Schriften finden sich aber auch die Bezeichnungen Schmittmonat, Schmitt und Schmittmonat, welche letztere Name auf die sommerliche Gutwahrnehmung des Herbstes bezieht. Der Landmann wünscht sich den August, der ihm den Lohn für seine Arbeit beschert, recht heiß und trocken — denn: „Was der August nicht trocknet, wird der September nicht mehr breiten.“ Dagegen: „Im August viel Sonnenschein — läßt geraten Korn und Wein.“

Eine richtige Kundtagschichte brachte gestern den ganzen Tag. Bis zu 23 Grad Reaumur im Schatten (29 Celsius) stieg das Quecksilber und Abends 8 Uhr war es noch immer 21 Grad Reaumur bei Südwind. Die Nacht brachte nur geringe Abkühlung, erst als gegen 6 Uhr heute Morgen ein kaltes Gewitter niederging, sank die Temperatur auf 14 Grad.

Gegen 6 Uhr, als das Gewitter mit einem kräftigen Donnerschlag einsetzte, bot sich dem Auge ein seltsames Schauspiel. Gegen Osten leuchtete hell die Sonne, im Westen dagegen wölbte sich über dem graublauen Himmel und den zuckenden Wolken ein prächtiger Regenbogen, bis die Wolken langsam auch sich nach der Rheinseite hinzogen und die Sonnenstrahlen verdeckten.

Kath. Arbeiterverein. Der Unterrichts-Kursus fällt heute Abend aus wegen der Vertrauens-Männerführung.

Konzert im Stadtpark. Heute Mittwochsabend konzertiert im Stadtpark Restaurant Josef Sommer die gesamte Kapelle des Inf.-Regts. Nr. 97 aus Saarburg in Stärke von 40 Mann. Das sehr reichhaltige Programm in der vorliegenden Nummer weist Kompositionen erster Meister auf. Der gute Ruf, welcher der Kapelle vorausgeht, bürgt dafür, daß dieselben in bester Weise zum Vortrag gebracht werden. Der Garten ist an diesem Abend abgepflastert und werden 25 Pfg. Entree erhoben, wofür ein Programm verabreicht wird.

Die Erpather Mühle bei Wechoven (früher Stäbchen, jetzt Jul. Gottschalk) steht seit heute Morgen 1/5 Uhr in Flammen. Die erste Hilfe leisteten die Spritzen der Umgebung. Die Feuerwehre rückte um 1/2 Uhr nach und aus. Das Feuer hat nur die Getreidespeicher ergriffen. Die eigent-

liche Mühle hofft man zu retten, da man namentlich des Elementes Herr zu sein glaubt.

Steuern. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß bis zum 16. August das 2. Viertel der Staats- und Gemeindesteuern zu entrichten ist. Um übermäßigen Andrang an der Stadtkasse und die daraus sich ergebende Verzögerung in der Abfertigung der Steuerzahler zu vermeiden, empfiehlt es sich dringend, die Einschulung der Steuern nicht bis zum äußersten Termine zu verschieben, dieselbe vielmehr möglichst bald zu bewirken. Die hiesige Stadtkasse ist für den Steuerentwurf in der Zeit vom 2. bis einschließlich 15. August geöffnet an allen Werktagen Vormittags von 8—12 Uhr und Nachmittags von 3—5 Uhr.

Neue Stadtnachrichten. Verhaftet wurde ein fremder Konjunktionsführer, welcher vom Gerichtes schriftlich verurteilt wurde. — Auf dem Markte folgte heute ein Radfahrer mit einem Automobil, wobei das Fahrrad in tausend Stücke ging. — Aus einem Geschäft an der Kapellstraße wurden vergangene Nacht vier fette Kaninchen gestohlen.

Die neuen Vorzüge. Vom 1. August 1906 an werden für Briefpostsendungen, welche nach Orten innerhalb Deutschlands gerichtet sind, folgende Tarife erhoben: 1) Für Briefe: Im Orts- und Nachbarortverkehr: Bis 250 g 5 Pf., unfrankiert 10 Pf., im übrigen Verkehr: Bis 20 g 10 Pf., unfrankiert 20 Pf.; über 20—250 g 20 Pf., unfrankiert 30 Pf. 2) Für Postkarten: auf allen Entfernungen 5 Pf., unfrankiert 10 Pf. 3) Für Drucksachen: auf allen Entfernungen: Bis 50 g 3 Pf., über 50—100 g 5 Pf., über 100—250 g 10 Pf., über 250—500 g 20 Pf., über 500 g bis 1 kg 30 Pf. (3. Für Warenproben: auf alle Entfernungen bis 250 g 10 Pf., über 250—350 g 20 Pf. 4) Für Geschäftsbriefe, ferner für zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben auf alle Entfernungen bis 250 g 10 Pf., über 250—500 g 20 Pf., über 500 g—1 kg 30 Pf. 5) Für Postanweisungen: auf alle Entfernungen bis 5 Mk. 10 Pf., über 5—100 Mk. 20 Pf., über 100—200 Mk. 30 Pf., über 200 bis 400 Mk. 40 Pf., über 400—600 Mk. 50 Pf., über 600—800 Mk. 60 Pf.; die gleiche Tarife wird auch für die Nachnahme-Postanweisungen erhoben. Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben und zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben müssen frankiert sein. Unfrankierte Sendungen dieser Art gelangen nicht zur Abfertigung.

Gericht. 31. Juli. Gestern Abend ließ in der Nähe des Krankenhauses ein herrschaftliches Fuhrwerk gegen die elektrische Kleinbahn, wobei der Wagen total zertrümmert wurde und ein Pferd tot blieb. Die Insassen des Wagens kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

Solzheim, 31. Juli. Ergänzend zu unserer letzten Bericht wird uns mitgeteilt, daß neben der Kleinbahnbewachung auch eine Haushaltungsschule für Mädchen geplant ist. Die bisher für die kleinste Niederlassung gerechneten Beiträge haben sich erfreulicher Weise gemehrt. Es sind Einnahmen gemacht in Höhe von 10 000, 2000, 2000, 1500 und 1000 Mark, also insgesamt 16 500 Mark. Möge das edle Beispiel recht eifrige Nachfolger finden.

Einfort, 29. Juli. An Stelle des nach Rothhausen verziehenden Lehrers Herrn J. Krahe ist Herr Theodor Ohligs einstimmig gewählt worden.

Wierath, 29. Juli. Heute gründete man hier einen Vorkursen-Verein. Der Verein führt den Namen Vorkursen-Verein „Kriegsopf“. Wierath.

Düsseldorf, 31. Juli. Die Angelegenheit der Erbauung eines Warenhauses auf dem Grundstück des alten königlichen Gymnasiums wird trotz des Beschlusses der letzten Stadtsitzung nicht zur Verhandlung, welche die Zustimmung zur Erbauung des Warenhauses gegeben hat, in der Sitzung immer noch weiter vertagt. Die Vereinigung der Handwerker und Gewerbetreibenden des Mittelstandes hielt gestern Abend in der Tonhalle zur Bezeichnung der Angelegenheit eine Versammlung ab. Die sehr gut besucht war. Die Versammlung beschloß in einem Beschlusse, daß die Forderung der Bekämpfung für die Fortbildung eines einheitlichen Warenhauses auf jenem Grundstück eine wirksame Durchführung nicht zuzulassen habe, und beantragte den Vorstand, die wirtschaftlichen Interessen des selbständigen Mittelstandes auch ferner tatkräftig zu vertreten. In der Versammlung wurden schließlich gegen die Warenhaus- und Handwerker, Gerick, großer Geschäftsinhaber für Spezialgeschäfte durch den Mittelstand selbst, Entlassung zur Agitation unter den Frauen aus dem Mittelstande. — In der Nacht zum 31. Juli wurde der Warenhäuserverein.

W Rath, 31. Juli. Auf der Straße Düsseldorf-Unterricht geriet gestern Nachmittag ein Fuhrwerk und ein Pferd lebensgefährlich verlegt.

Gesetzgeb. 30. Juli. Von den größten Aufgaben der Reichsregierung ist die Revision unserer Städte ebenso wichtig wie notwendig. Es sind zwei diesem Ziele nahegelegte, der Ausbau einer etwa 2500 Personen umfassenden Pflanzstadt und das neue Gymnasium. Der Neubau des letzteren, ausgeführt im Stile der deutschen Renaissance, hat geradezu monumentalen Charakter. Die allgemeine Kanalisation ist so gut wie beschlossene Sache zu gleicher Zeit soll ein Elektrizitätswerk errichtet werden. Neue, großzügige Straßenanlagen sorgen für die weitere bauliche Entwicklung; industrielle, somit auch räumliche Ausdehnung der Stadt wird besonders im südlichen Teile der Stadt vorgesehen.

Sozial. 30. Juli. Die Weinernte geht sehr gut. Im ganzen Weinbaugebiet ist die Beerenreife fortgeschritten. Das fast sämtliche Weizen und Trauben reifen. Es kann nach dem Urteile mehrerer Sachverständigen schon heute mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der größte Teil der weizenartigen Ernte vernichtet ist. Selbst in einigen Weizen, wo die Weizen mit der größten Vorsicht vorgegangen sind und dabei drei bis viermal gespritzt haben, ist wenig Hoffnung auf Ertrag, zumal man noch zwei Monate mit der verheerenden Krankheit zu kämpfen hat.

Wien, 31. Juli. Die Wienerernte geht sehr gut. Im ganzen Weinbaugebiet ist die Beerenreife fortgeschritten. Das fast sämtliche Weizen und Trauben reifen. Es kann nach dem Urteile mehrerer Sachverständigen schon heute mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der größte Teil der weizenartigen Ernte vernichtet ist. Selbst in einigen Weizen, wo die Weizen mit der größten Vorsicht vorgegangen sind und dabei drei bis viermal gespritzt haben, ist wenig Hoffnung auf Ertrag, zumal man noch zwei Monate mit der verheerenden Krankheit zu kämpfen hat.

Wien, 31. Juli. Der Führer der Getreide von Österreich, Kien, der gestern Nachmittag mit vier

Rameraden der Bremer von Go...
nach der ein...
dieser befan...
den Zug...
1 Uhr 50 Mi...
Bedeutung...
abgerufen...
hebet des B...
seien. Wahr...
um einen ge...
sigen Wälder...
fährt die Zug...
müht sich...
Abendblätter...
Schmalzig...
aus einer A...
Schlafwagen...
sich den Nord...
Gegen 1 1/2...
zwischen der...
leiste über...
Man befin...
noch nahe...
Schienen auf...
verbreitend...
13 Zentimet...
bemerkte, ein...
La Duffiere...
hätte. Er ge...
durch weisse...
mehr verhö...
der vom Da...
nen Glück...
abgeschleub...
einen vier...
in Gefahr...
glück unter...
det. Die arg...
morgen um...
gehört werden...
Geiziger G...
a. S. ein w...
sonnenwag...
worden sind...
Begriff davon...
schweben, da...
den Ausdr...
mündliche...
ersten Wagen...
stell hatten...
vollständige...
mellen erforder...
find durch den...
Atem...

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 55

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 55

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint wöchentlich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeilage wöchentlich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, das St. Quintinsblatt u. in freier Folge die Beiträge zur Geschichte der Kreise Neuß und Grevenbroich. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.20. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 40 Pfg. abonniert werden.



Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die siebengefaltete Zeile oder deren Raum 15 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr Abends für die Nummer des folgenden Tages. ... Annoncen-Akademie durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. ... Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 293.

Redaktion: Joseph Gruan.

Mittwoch, 1. August 1906. (Petri Kettenf., 7 Makt.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß.

33. Jahrgang.

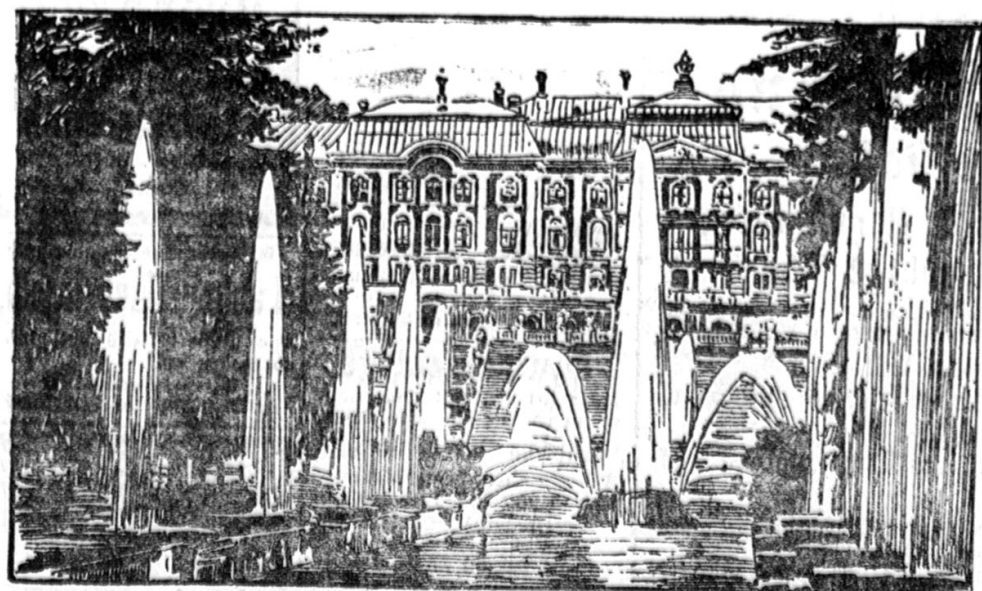


Die Hauptdarsteller der diesjährigen Wäldchen Festspiele.

Seit 30 Jahren finden die Festspiele in Wäldchen statt. Bis 1886 hatte die Zeitung der Festspiele mit der Gleichgültigkeit des Publikums zu kämpfen, um dann einer besseren Zeit entgegenzugehen. Jetzt be-

deutet jede Aufführung einen neuen Triumph des großen Meisters und seiner Anhänger. Aus allen Ländern strömen die Wagnerverehrer herbei, um den von den ersten Kräften vorgetragenen Darbie-

tungen zu lauschen. Auch dieses Jahr ist in Wäldchen eine große Künstlerfeste vereint.



Peterhof.

Bilder aus Peterhof, der Sommerresidenz des Zaren.

Die Sommerresidenz des Zaren, Peterhof, wurde von Peter dem Großen 1715 erbaut. Er wollte hier ein zweites Versailles entstehen lassen. Katharina II. ließ dann das Schloss noch schöner und prächtiger ausbauen. Von Peter dem Großen stammen das große Palais, Montplaisir und Monty, Nikolaus I. ließ Schloss Baginon Weldeberg erbauen, Alexander II. erbaute die Eremitage, Alexander III. das Lustschloß Alexandrine. Die Romanows haben hier ein herr-

liches Fleckchen Erde geschaffen mit prachtvollen Parkanlagen, großartigen Wasserkünsten, Fontänen und großen Teichen. So wunderschön das Äußere von Peterhof ist, so prächtig sind auch die Innenräume des Schlosses und der Pavillons. Bemerkenswert sind der Saal Peters des Großen mit kostbaren Gobelins, der Kaufmannssaal, der Gärtenaal und das Porträtzimmer. Die Geschichte des Schlosses ist mit derjenigen des Hauses Holstein-Gottorp-Romanow eng ver-

knüpft. Hier verweilten alle russischen Herrscher gern. Hier wohnte auch Peter III., bis er von seiner eigenen Gemahlin vom Thron gestoßen wurde. Der Zar lebt hier inmitten der schönsten Landschaft in der Nähe des Meeres, aber streng bewacht und behütet. An allen Wegen und Stegen sind Schildwachen aufgestellt, die jeden Annäherungsversuch vereiteln.



Die Olga-Insel

Stolypin.

Ministerpräsident Stolypin, der jetzt die dornenvolle Aufgabe übernommen hat, der Revolution ein Paroli zu bieten, wurde als Sohn eines in Rußland populären Generals im Jahre 1863 geboren. Er absolvierte 1884 die Petersburger Universität und trat unmittelbar darauf in das Ministerium des Innern. Zwei Jahre später diente er im Departement für Ackerbau und Landwirtschaft und wiederum zwei Jahre darauf ging er nach Kowno, wo er sich der Verwaltung seiner Güter widmete. Er wurde nachher der Bezirksadelmarschall, Präsident der Institution der Friedensvermittler und Ehrenrichter. 1899 wurde er zum Gouvernementsadelmarschall von Kowno ernannt. Kurze Zeit darauf ging Stolypin als Vizegouverneur nach Grodno und vor ungefähr drei Jahren als Gouverneur nach Saratow. Am 10. Mai d. J. wurde Stolypin als Minister des Innern in das Kabinett Goremykin berufen. Er hat den Ruf eines sehr gebildeten und aufgestellten Verwaltungsbeamten. Es geht nicht an, ihn als Bureautrater zu bezeichnen. Die Vorwürfe der Revolutionäre und der jüdischen Presse gegen den Minister sind unbegründet. Er ist „the man of his word“; Loyalität und Energie dieses Mannes sind unbestritten. Er ist sich seiner Verantwortlichkeit vor der Gesellschaft wohl bewußt und ließ schon von allem Anfang keinen Zweifel darüber, daß er eine Aufhebung der Bauern durch die Vererbung des sozialistisch-radikalen Zwangsenteignungsprojektes nicht dulden würde. Der Besitz jedes Russen müsse unausgesetzt bleiben. So veranlaßte er bereits am 17. Juli ein Zirkular Nr. 17.094, in dem den Gouverneuren anheim gestellt wird, nach eigenem Ermessen den Gerichten von einer Aufhebung des ganzen Landes an das arbeitende Volk ein Ende zu machen.

Gerade die Gerichte unter den Bauern, daß die Duma alles Land an die Landbevölkerung verteilen werde, haben zu den Plünderungen und Brandstiftungen in den Gouvernements geführt. Der Bauer, der durch das unselige gemeinsame Aufhebungsländchen jenseits von eigenem oder fremdem Besitz bar ist, machte keinen Unterschied zwischen geregelter Liebes- weisung von Land und gewaltthätiger Wegnahme beweglichen Besitzes. Er sah, wie tausend von Fällen dazwischen, die Sache so auf, als ob ihm auch dieser zuzufallen. Zur selben Stunde, wo die Radikalfraktion in der Reichsduma für den Erfolg der Agrarfrage eintrat, die dem russischen Ackerbau alles Mögliche und Unmögliche in Aussicht stellt, brach der russische Ackerbau das Gut eines der Führer derselben Radikalfraktion, des Herrn Kotoschkin, nieder. Das gleichzeitige dieser beiden Geschehnisse ist bezeichnend für die gegenwärtige innerpolitische Lage in Rußland und für die Verdrängung des Vorgehens des jetzigen Ministerpräsidenten.

Herr v. Stolypin hat die rechtliche Seite der Dumaauflösung wie folgt präzisiert: In der „Mitteilung“, die die Duma an das Volk richten wollte, befanden sich zwei Stellen, die keine Regierung passieren lassen durfte. Ein Aufruf der Duma an das Volk, ruhig zu bleiben, hätte gebildet werden können, wenn diese beiden Stellen nicht gewesen wären. Diese beiden Todesblöße, die sich die Duma selbst gegeben hat, waren

1) der Vorschlag von der Zwangsenteignung des größeren Grundbesitzes. Er hätte unter den Bauern sofort die Wirkung gehabt, daß sie nach ihren Begriffen sofort über das bewegliche und unbewegliche Eigentum hergefallen wären. Ein Antrag des Gemäßigten Stachowitsch verlangte daher die Unterdrückung dieses Vorschlags. Der Antrag wurde mit 116 gegen 74 Stimmen abgelehnt.

2) Der Vorschlag, der ausspricht, daß das Volk und seine Vertreter ihre Mißbilligung in die gegenwärtige Regierung aussprechen. Was für einen Begriff macht sich das ungebildete Volk von der „Regierung“? Die „Regierung“ ist für die Bauern identisch mit dem Präkator, mit dem Bezirkshauptmann, mit dem Vizegouverneur, mit dem Polikisten, dem Richter, kurz mit dem ganzen Verwaltungsapparat. Wie kann die Regierung beruhigend wirken, wenn das Volk direkt gegen ihre Anordnungen aufgewiegelt wird? Wieder beantragte Stachowitsch, den Vorschlag fortzulassen. Vergebens, die Mehrheit behielt ihn bei.

Mit der Ablehnung der beiden Anträge war, wie Ministerpräsident Stolypin erklärt, die Duma reif zur Auflösung geworden.

Man sagt auch, Stolypin habe nichts zur Abänderung des faulen, bisherigen Regimes getan. Besser wäre es, zu sagen, die Unmacht der radikalen Presse hat alle Nachrichten unterdrückt. Um nur zwei herauszugreifen: Stolypin hat mit größter Beschleunigung im Polizeidepartement eine Revision aller Verbannungsurteile vornehmen lassen, die unter der Bureaukratie ergangen sind. Aufhebung und Milderung der

